

## Information über die Sitzung des Gemeinderats am 11. Juli 2006

### Terrassenbelag Palatinum

Die Materialauswahl ist schon seit längerer Zeit in der Diskussion, wobei die letzte Entscheidung noch zwischen einem Holzbelag aus Tropenholz in geklebter Ausführung und einem mineralischen Belag zu treffen ist.

Am 18.05.2006 fand deshalb eine Besprechung im Beisein des Architekten Erhard, den Fraktionsvorsitzenden, dem Ältestenrat und Experten aus den Fraktionen sowie Vertretern der Verwaltung statt. Die Herstellungskosten werden auf etwa 85.000,00 Euro für einen Holzbelag bzw. auf bis zu 150.000,00 Euro für einen Steinbelag geschätzt.

Aus gegebener Veranlassung weist die Verwaltung ausdrücklich darauf hin, dass es sich bei den vorgenannten Zahlen lediglich um eine Gegenüberstellung geschätzter Kosten handelt, um die Grundsatzentscheidung, ob Holz oder mineralischer Belag zur Ausführung kommen soll, treffen zu können. Erst danach kommt es per Ausschreibung zum Vergabeverfahren.

Unter Abwägung aller Vor- und Nachteile kommt die Verwaltung nach wie vor zu dem Ergebnis, dass die Erneuerung des Terrassenbelages in Holz aus IPE-Lapacho das beste Preis-/Leistungsverhältnis bietet.

#### **Aussprache:**

Fraktionsvorsitzender Joachim Greiff (CDU), dass der zu treffenden Entscheidung ein monatelange intensive Beratung vorausgegangen sei. Die CDU habe schon vor Jahren bei der ersten Grundsatzentscheidung im Rat starke Vorbehalte gegen einen Holzbelag gehabt. Außerdem werde erst die Ausschreibung wirklich zeigen, wie teuer bzw. günstig der neue Terrassenbelag sei. Die CDU kündige bereits heute an, dass sie, wenn die Ausschreibung massiv über den bisherigen Schätzungen bzw. Angeboten liegen wird, eine erneute Diskussion fordern werde. Das Abwägen allein der Argumente für bzw. gegen die jeweilige Belagsart könne einem die ganz individuelle Entscheidung nicht abnehmen. Deshalb überlasse die CDU dem einzelnen Mitglied, seine Entscheidung zu treffen, unabhängig von den Mehrheitsverhältnissen in der Fraktion. Die CDU-Fraktion werde aus unterschiedlichsten Gründen mehrheitlich gegen den heutigen Beschlussvorschlag stimmen.

Für die SPD-Fraktion nimmt Ratsmitglied Klaus Leicht (SPD) Stellung. Er erinnert an die jahrelangen Diskussionen, die seit der nicht ordnungsgemäßen Verlegung geführt worden seien. Es bestehe Einigkeit, dass eine Teilsanierung der Terrasse nicht den gewünschten Erfolg bringe. Bei der Besprechung am 18.05.2006 habe der Architekt überzeugende Argumente für einen neuen Holzbelag vorgebracht. Die SPD-Fraktion werde deshalb geschlossen dem Beschlussvorschlag der Verwaltung zustimmen. Abschließend weist Klaus Leicht darauf hin, dass mit der heutigen Abstimmung noch nicht die letztendliche Entscheidung über die Ausführung falle. Um die Sache voranzubringen, seien nun unverzüglich entsprechende Angebote einzuholen.

Fraktionsvorsitzender Hartmut Kegel (FWG) erklärt, dass sich seine Fraktion die Entscheidung nicht leicht mache. Man habe sich bei der Besichtigungsfahrt mit der Verwaltung und dem Architekten eingehend informiert und auch Bausachverständige zur Beratung hinzugezogen. Die FWG-Fraktion werde einer Ausführung in Holz zustimmen. Allerdings müsse in die Ausschreibung eine 10-jährige Garantie für den Kleber aufgenommen werden. Gelingt dies nicht, solle der Holzbelag erneut verschraubt werden.

Fraktionsvorsitzender Dr. Ulrich Hettenbach (FDP) erinnert daran, dass sich die FDP in der Bauphase des Palatinum bei allen Beschlüssen zu den Gewerken enthalten habe. Jetzt sei das Palatinum nunmal da und dürfe nicht zur Dauerbaustelle verkommen. Allerdings sei von weiteren Experimenten abzuraten. Deshalb lehne die FDP-Fraktion einen Holzbelag ab.

Ratsmitglied Ingrid Schellhammer (GRÜNE) spricht sich für einen Holzbelag aus. Sie habe auch keine Vorbehalte gegenüber Tropenholz, sofern es aus zertifiziertem Anbau stamme.

#### **Beschluss, bei 14 Ja-Stimmen und 10 Nein-Stimmen:**

Die Ausführung des Terrassenbelages Palatinum erfolgt in Holz. Die Verwaltung wird beauftragt, die Ausschreibung des Belages in IPE-Lapacho vorzubereiten.

### Information über Bauvorhaben am Palatinum

Im Laufe der Nutzung des Palatinum seit der Eröffnung im Juli 1998 haben sich vor allem zwei Punkte im Bereich des Restaurants als nachteilig erwiesen:

Die in der Entwurfsplanung für das Restaurants vorgesehenen separaten WC-Anlagen wurden aus Kostengründen gestrichen. Architekt Erhard schlägt als Lösung eine Umnutzung des vorhandenen Personalaufenthaltsraumes. In Absprache mit dem Gaststättenpächter wird dieser Raum in den rückwärtigen Versorgungstrakt am ursprünglich geplanten Biergarten verlegt.

Außerdem reicht die vorhandene Beschattungsanlage im Bereich des Restaurants an heißen Tagen nicht aus. Ohne zusätzlichen Sonnenschutz mittels Sonnenschirmen auf der Terrasse ist ein Aufenthalt im Bestuhlungsbereich nicht möglich. Abhilfe soll hier durch einen vom Architekten vorgestellten Vorschlag einer Beschattungsanlage geschaffen werden.

Die Anfrage der CDU-Fraktion vom 04.07.2006 zum Wärmeschutz für den Gesamtkomplex Palatinum konnte trotz Bemühungen noch nicht bearbeitet werden, weil sowohl der Architekt als auch das den Palatinum-Bau betreuende Büro Kommunalbau noch nicht verfügbar waren.

Die im SPD-Antrag vom 27.10.2005 geforderte Kosten-Nutzenberechnung für einen weiteren Tagungsraum ist nicht vergessen und wird bei Gelegenheit durchgeführt.

**Beschluss, bei 22 Ja-Stimmen, einer Nein-Stimme und einer Enthaltung:**

Der zusätzlichen Einrichtung einer WC-Anlage für das Restaurant sowie dem Bau einer Beschattungsanlage für die gesamte Glasfassade im Terrassenbereich wird zugestimmt. Die Verwaltung wird beauftragt, den Planungsauftrag mit Architekturbüro Hübner & Erhard & Partner vorzubereiten und zum gegebenen Zeitpunkt in den zuständigen Gremien zu beraten.

**Verengung Medardusring und Planungsauftrag Wirtschaftsweg zum Pfalzmarkt**

Mit Schreiben vom 19.06.2006 stellte die SPD-Fraktion eine Anfrage bezüglich der Verengung des Medardusring und zum Planungsauftrag für den Wirtschaftsweg zum Pfalzmarkt.

Im Gremium für Verkehrsfragen wurde am 27.06.2006 empfohlen, probeweise eine Einengung einzubauen. Die Verwaltung hat in der Örtlichkeit eine Stelle zwischen Hans-Purmann-Straße und Rembrandtstraße festgelegt, wobei im Bereich der gegenüberliegenden Längsparkplätze durch zusätzlichen Einbau von Recyclingschwellen ein Ausweichen der Fahrzeuge in diesem Bereich verhindert werden soll.

Der Vorsitzende weist wegen der erschienenen Anwohner des Medardusrings darauf hin, dass alle Fraktionen bereits Anträge in dieser Sache gestellt haben. Im Gremium für Verkehrsfragen, dessen Aufgabe die Beratung der Verwaltung in Verkehrsangelegenheiten ist, einen ersten Schritt zur Verkehrsberuhigung anzugehen. Erster Beigeordneter Konrad Heller, der im Gremium für Verkehrsfragen den Vorsitz geführt hat, bestätigt, dass die Fachleute, darunter auch Vertreter der Polizei, diesen ersten Schritt empfohlen haben.

Einen Antrag von Ratsmitglied Dr. Ulrich Hettenbach (FDP) zur Geschwindigkeitsreduzierung im Medardusring nimmt der Vorsitzende nicht an, da Entscheidungen über Verkehrsregeln und Verkehrszeichen nicht zu den Aufgaben des Gemeinderats gehören.

Der Planungsauftrag für den Wirtschaftsweg zum Pfalzmarkt wurde noch nicht erteilt. Seitens der Verwaltung wurde gewünscht, dass ein Planungsauftrag dann vergeben werden sollte, wenn die Wegeführung – vor allem aber die Einmündungssituation am geplanten Kreisverkehr östlich der A61 – mit den zuständigen Verkehrsbehörden abgestimmt und von dort auch endgültig freigegeben wird.

Ergänzend teilt der Vorsitzende mit, dass das Autobahnamt in Montabaur zwischenzeitlich der Anbindung des Weges an den geplanten Kreisverkehr östlich der A61 zugestimmt habe. Fraglich sei nun noch die Anbindung eines Aussiedlerhofes, da grundsätzlich nur ein Wirtschaftsweg je Kreisverkehr angebunden werden darf. Deshalb müssen weitere Gespräche mit dem Autobahnamt, dem Landesbetrieb Straßen- und Verkehr in Speyer (LSV) und der Planungsbehörde in Koblenz geführt werden.

**Einrichtung eines Wochenmarktes an der Neuen Pforte**

Mit Schreiben vom 06.06.2006 beantragt die SPD-Fraktion, dass die Verwaltung die Möglichkeiten der Durchführung eines Wochenmarktes im Bereich der Neuen Pforte prüft.

Die Verwaltung hat in den Jahren 2004 und 2005 bereits mehrere Gespräche mit einem Marktveranstalter geführt. Das Zustandekommen eines Wochenmarktes scheiterte jedoch. Nach der Schließung des Plus-Marktes ergibt sich eine neue Situation.

Mutterstadter Anbieter sollen bevorzugt am Wochenmarkt teilnehmen dürfen. Mit dem örtlichen Gewerbeverein und Vertretern der Landwirtschaft sind dahingehende Gespräche zu führen.

Allerdings ist das auf Wochenmärkten üblicherweise angebotene Lebensmittelsortiment (Obst,

Gemüse, Backwaren, Fleisch- und Wurstwaren) in der Ortsmitte weiterhin vertreten. Die Lebensmittel, die nach Schließung des Plus-Marktes in der Ortsmitte nicht mehr angeboten werden, sind auf Wochenmärkten regelmäßig nicht zu finden.

**Beschluss, bei 23 Ja-Stimmen und einer Enthaltung:**

Die Verwaltung wird beauftragt, die Voraussetzungen zur Abhaltung eines Wochenmarktes in der Ortsmitte erneut zu prüfen. Zunächst sind der örtliche Gewerbeverein sowie Vertreter der Landwirtschaft anzusprechen. Sofern kein Interesse besteht, kann auch Kontakt mit einem Marktveranstalter aufgenommen werden.

**Anträge / Anfragen**

Auf Anfrage informiert die Verwaltung wie folgt:

Für die Grünpflege am außerörtlichen Kreisverkehr an der Waldstraße (Kreisstraße 28 und Landesstraße 524) ist die vom Landesbetrieb Straßen und Verkehr (LSV) beauftragte Firma weiterhin zuständig. Erst nach Ablauf der Anwuchsgarantie wird die Grünpflege gemäß einer getroffenen Vereinbarung auf die Gemeinde übergehen. Die Firma wird im Herbst Nachpflanzungen vornehmen.

Der LSV geht zurzeit davon aus, dass mit dem Bau des Radweges nach Limburgerhof gegen Jahresende begonnen werden kann.

Wegen der vorliegenden Anträge auf Feinstaubmessung fand am 06.06.2006 ein Ortstermin mit dem Landesamt für Umwelt, Wasserwirtschaft und Gewerbeaufsicht statt. Der Sachverständige war beeindruckt von der Speyerer Straße mit ihrer engen Häuserschlucht im Kreuzungsbereich. Eine Feinstaubmessstation kann hier aus Platzgründen jedoch nicht aufgestellt werden, weshalb das Landesamt ein Benzolmessgerät installieren möchte. Die gemessenen Daten können anschließend mit anderen Messreihen verglichen und die Feinstaubbelastung hochgerechnet werden. Mit Schreiben vom 30.06.2006 hat auch die Jugendvertretung um eine Feinstaubmessung gebeten.